

## Inhalt

<b>Frauen- und Mädchenpolitik</b>	<i>Seite</i>	<b>2 - 4</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>▶ Reine Männervereine müssen Steuern zahlen</li><li>▶ Google sagt Treffen zu Anti-Text ab</li><li>▶ Frauen sollen ihre für Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt abgeben</li><li>▶ Kein Abbau der Erwerbshürden für Frauen im Steuer- und Sozialversicherungssystem</li><li>▶ Das „Digitale Deutsche Frauenarchiv“ soll 2018 an den Start gehen</li><li>▶ Weiterhin kontinuierlicher Anstieg des Frauenanteils bei den Hochschul-Lehrkräften</li><li>▶ Die Polizei, die (muslimische) Religion und der einer Kollegin verweigerte Handschlag</li><li>▶ 15 % der Männer und 8 % der Frauen „im Rentenalter“ sind noch erwerbstätig</li><li>▶ Frauen wünschen sich mehr Urlaub und Freizeit, Männer mehr Geld</li></ul>		
<b>Frauen und Recht</b>	<i>Seite</i>	<b>5 - 7</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>▶ Gemeinsam getrennt erziehen? – Ergebnisse einer Befragung von Trennungseltern</li><li>▶ Sexualstrafrechtsreformkommission für die Überarbeitung des „Nein heißt Nein“-Paragrafens</li><li>▶ Es gibt keine gute Prostitution</li><li>▶ Das Prostituiertenschutzgesetz trifft bei den Ländern auf beträchtliche Kritik</li><li>▶ Das neue Prostituiertenschutzgesetz bringt Prostituierten weniger Schutz</li><li>▶ Unter der Form des Rechts werden Sexarbeiter/innen de facto rechtlos</li><li>▶ Sexualstrafrechtsreformkommission gegen ein Prostitutionsverbot á la Schweden</li></ul>		
<b>Frauen und Flucht</b>	<i>Seite</i>	<b>8 - 9</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>▶ Die Migrationspolitik in Europa ignoriert Fluchtursachen</li><li>▶ 500.000 Mädchen und Frauen haben in Deutschland Schutz gesucht, Dreiviertel mit Kindern</li><li>▶ Online-Wissens- und Vernetzungsplattform für schwangere geflüchtete Frauen</li><li>▶ Kontroverse um Kopftuchverbot für Mädchen</li></ul>		
<b>NRW Kompakt</b>	<i>Seite</i>	<b>10</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>▶ Kommunales: Das kommunale Ehrenamt in Nordrhein-Westfalen</li><li>▶ Keine volle Kita-Beitragsfreiheit in NRW, nur „langfristig“</li></ul>		
<b>Tipps &amp; Termine</b>	<i>Seite</i>	<b>11- 12</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>▶ Fortbildung „Der Anti-Bias-Ansatz im Kontext von Flucht und Migration“</li><li>▶ Fachtagung: „Zwischen Willkommenskultur und Ablehnungsbescheid“</li></ul>		

Wenn Sie den Mailrundbrief nicht mehr zugeschickt haben wollen, genügt eine Mail mit dem Stichwort „Abbestellung Rundbrief“ an [info@frauenbueros-nrw.de](mailto:info@frauenbueros-nrw.de) –  
Wir übernehmen keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber/innen verantwortlich

gefördert vom

Ministerium für Heimat, Kommunales,  
Bau und Gleichstellung  
des Landes Nordrhein-Westfalen



### Reine Männervereine müssen Steuern zahlen

fs/ 16. Aug 2017 - Das höchste deutsche Steuergericht anerkennt Vereine, die Frauen ausschließen, nicht als gemeinnützig. Dies hat finanzielle Konsequenzen.

Gemeinnützige Vereine fördert der Staat mit Steuervorteilen. Eine gesetzliche Voraussetzung für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit ist in Deutschland die selbstlose «Förderung der Allgemeinheit». Diese Bedingung sei bei einer Vereinigung, die Frauen einzig aufgrund ihres Geschlechtes ausschließt, nicht erfüllt, sagt der Bundesfinanzhof. Die Klägerin, eine Freimaurerloge, muss deshalb Körperschaftssteuer zahlen und darf keine Spendenbescheinigungen mehr ausstellen. Spender können ihre Spenden an die Loge also nicht mehr in ihrer Steuererklärung geltend machen.

Mitglied der Loge können gemäß der Satzung (Statuten) nur Männer über 21 Jahre werden. Schwerpunkt der Tätigkeit der Loge ist laut dem Bundesfinanzhof die Förderung ihrer Mitglieder. Durch den expliziten Ausschluss von Frauen gebe die Loge zu erkennen, dass sie einen Teil der Allgemeinheit nicht fördern wolle. Der Ausschluss von Frauen liege alleine an ihrem Geschlecht. Für die Einschränkung auf ein Geschlecht ist laut dem Bundesfinanzhof ein sachlicher Grund Voraussetzung, um weiterhin als gemeinnützig anerkannt zu werden. Ein solcher liege beispielsweise vor, wenn der Trägerverein eines Frauenhauses, in dem Opfer häuslicher Gewalt betreut werden, keine Männer aufnimmt. Vereine hingegen – wie die Freimaurerloge, Schützenbruderschaften, Männergesangsvereine oder Frauenchöre –, die «Männer oder Frauen ohne sachlichen Grund von der Mitgliedschaft ausschließen» seien nicht gemeinnützig. Das Urteil betrifft auch die großen Wohltätigkeitsklubs Rotary und Lions. Mehr als ein Viertel der lokalen deutschen Rotary-Klubs nimmt laut der «Süddeutschen Zeitung» nach wie vor nur männliche Mitglieder auf.

Die Freimaurerloge argumentierte mit katholischen Ordensgemeinschaften, die Frauen ausschließen und trotzdem von der Körperschaftssteuer befreit sind. Laut dem Bundesfinanzhof sind Orden als gemeinnützig anerkannt, weil sie kirchlichen Zwecken dienen. Kirchliche Zwecke sind in einem anderen Paragraphen geregelt. Danach ist die Förderung der Allgemeinheit keine Voraussetzung für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit.



### Google sagt Treffen zu Anti-Frauen-Text ab

fs/ 25. Aug 2017 - Google musste eine interne Veranstaltung über den frauenfeindlichen Text eines Mitarbeiters absagen. Rechtsradikale hatten Kritikerinnen und Kritiker bedroht.

Der Software-Entwickler James Damore hat Google-intern die These verbreitet, dass Frauen aus biologischen Gründen für die Arbeit in der IT-Branche weniger geeignet sind als Männer. Es sei deshalb ein Fehler, dass Google über Förderprogramme mehr Frauen in das Unternehmen bringen wolle. Bei Google sei eine offene Diskussion über dieses Thema nicht möglich. Abweichende «konservative Meinungen» seien nicht erwünscht. Diese These löste wütende Proteste von heutigen und ehemaligen Google-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern aus.

Google-Chef Sundar Pichai entließ Damore. Er habe gegen interne Verhaltensregeln verstoßen. Der Geschasste gab darauf rechtsradikalen Online-Plattformen Interviews. Diese machten aus Damore ein Opfer der «liberalen Ideologie» im Silicon Valley. «Gefeuert, weil die Wahrheit gesagt wurde», hieß es beispielsweise auf Twitter. Der bekanntermaßen frauenfeindliche Wikileaks-Gründer Julian Assange bot ihm einen Job an.

Google-Chef Sundar Pichai wollte in der großen «Google Town Hall» mit der Belegschaft über Frauenförderung und Gleichstellung diskutieren. Doch rechtsradikale Internetforen hatten Meinungsbeiträge aus internen Google-Foren veröffentlicht, darunter auch die Namen einiger Kritikerinnen und Kritiker des frauenfeindlichen Textes. Hunderte schrieben darunter herabwürdigende Kommentare und bedrohten die Google-Angestellten, berichtet die Fachzeitschrift «Wired». Andere fürchteten deshalb um ihre Sicherheit, wenn sie am geplanten Google-Treffen den frauenfeindlichen Text kritisieren. Sundar Pichai sagte die Veranstaltung deshalb ab. Der Google-Chef kündigte an, sie durch kleinere Treffen zu ersetzen, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Meinung offen und in einem sicheren Umfeld äußern können.

Der Frauenanteil bei Google liegt nach Angaben des Konzerns weltweit bei 31 Prozent. Unter den Technikerinnen und Technikern beträgt er nur 20 Prozent. In «leadership»-Positionen gibt Google den Frauenanteil mit 25 Prozent an. Das US-Arbeitsministerium hat Google wegen

tieferer Frauenlöhne für die gleiche Arbeit verklagt. Doch der Suchmaschinenbetreiber will Lohndaten nicht herausgeben. Das verletze die Privatsphäre der Angestellten. Google führt Aufträge des Bundes aus und ist deshalb gegenüber dem Arbeitsministerium zur Lohntransparenz verpflichtet.



### Frauen sollen ihre Stimme für Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt abgeben

Zur Bundestagswahl am 24. September haben über 40 Frauenverbände und zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland dazu aufgerufen, ihre „Stimme für Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt, für Respekt, Toleranz und Mitmenschlichkeit und für eine demokratische Gesellschaft“ abzugeben. Der Aufruf unter dem Motto „Wo Wahl draufsteht, muss Demokratie herauskommen!“ erinnert an den Kampf der Frauen um ihr Recht zu wählen und gewählt zu werden; er stellt besonders heraus „Wählen Sie die Parteien, die für eine gleichberechtigte Gesellschaft stehen! Wo Engstirnigkeit, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtspopulismus sich breit machen, stehen immer auch die Rechte von Frauen auf dem Spiel.“

(fpd 01.09.17)



### Kein Abbau der Erwerbshürden für Frauen im Steuer- und Sozialversicherungssystem

Mit Hinweis auf die Bundestagswahl hat der Deutsche Juristinnenbund „nochmals alle Parteien“ aufgefordert, „die beitragsfreie Mitversicherung von Eheleuten nach § 10 SGB V durch eine zeitlich befristete beitragsfreie Versicherung aller Eltern in der gesetzlichen Krankenversicherung abzulösen, das Ehegattensplitting schnellstmöglich durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag zu ersetzen, die Absetzbarkeit sämtlicher erwerbs- und ausbildungsbedingter Kinderbetreuungskosten vom ersten Cent an als Werbung- bzw. Betriebsausgaben (einzuführen und) die steuer- und sozialversicherungsrechtliche Privilegierung der geringfügigen Beschäftigung zu beenden.“

(fpd 01.09.17)



### Das „Digitale Deutsche Frauenarchiv“ soll 2018 an den Start gehen

Dies hat das Bundesfrauenministerium der konstituierenden Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats mitgeteilt. Mit einem Fachportal soll das Archiv „die Geschichte der deutschen Frauenbewegung für die Nachwelt erhalten“. Die Vorarbeiten hatte das DDF bereits im Juli 2016 aufgenommen. Träger des DDF ist der Dachverband deutschsprachiger Lesben-/ Frauenrechte, -bibliotheken und -dokumentationsstellen. Die Finanzierung des „Digitalen Deutschen Frauenarchivs“ hat das Bundesfrauenministerium übernommen, das dafür rd. 4 Mio Euro zur Verfügung stellt.

(fpd 01.09.17)



### Weiterhin kontinuierlicher Anstieg des Frauenanteils bei den Hochschul-Lehrkräften

Auf einen weiterhin kontinuierlich ansteigenden Frauenanteil bei den Lehrberechtigten an Hochschulen hat das Statistische Bundesamt hingewiesen. Für das Jahr 2016 wurde der Anteil der Frauen bei den Habilitationen mit 30 % ausgewiesen, im Vorjahr waren es 28 %. In 2006 hatte er noch bei 22 % gelegen. In den Fächergruppen „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ betrug 2016 der Frauenanteil an abgeschlossenen Habilitationsverfahren 42 %, in der Gruppe „Geisteswissenschaften“ 39 %, in der Fächergruppe „Mathematik/ Naturwissenschaften“ 27 % und in der Gruppe „Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften“ 26 %.

(fpd 01.09.17)



### Die Polizei, die (muslimische) Religion und der einer Kollegin verweigerte Handschlag

Ein rheinland-pfälzischer Polizeibeamter muslimischen Glaubens der Polizeiinspektion Montabaur ist in den Innendienst des Polizeipräsidiums Koblenz versetzt worden, nachdem er sich geweigert hatte, einer Kollegin die Hand zu geben, die ihm zum beruflichen Aufstieg gratulieren

wollte. Außerdem wurde ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet. Sowohl das Innenministerium in Mainz als auch der Landesverband der Gewerkschaft der Polizei machten deutlich, dass das Verhalten des Beamten nicht geduldet werden könne. Die GdP verwies darauf, dass Polizeibeamte bei ihrer Vereidigung auf Grundgesetz und Landesverfassung auf die Vertretung der staatlichen Ordnung verpflichtet würden, sie sowohl die Trennung von Staat und Religion als auch die Gleichberechtigung der Geschlechter einschließen. *(fpd 01.09.17)*



#### 15 % der Männer und 8 % der Frauen „im Rentenalter“ sind noch erwerbstätig

Im Jahr 2016 waren 942.000 Personen der Altersgruppe zwischen 65 und 74 Jahren in Deutschland erwerbstätig, jede neunte oder 11 %, hat das Statistische Bundesamt mitgeteilt. 10 Jahre zuvor sei dieser Anteil mit 5 % gerade einmal halb so hoch gewesen. Unterschiedlich hoch waren die Anteile bei Männern und Frauen: 15 % der Männer zwischen 65 und 74 und 8 % der Frauen dieser Altersgruppe waren 2016 erwerbstätig. 2006 betrug dieser Anteil noch 7 % bzw. 4 %, so das Amt. (Seit 2012 wird die Grenze für die Regelaltersrente schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Am Ende des Berichtszeitraums 2016 galt die Altersgrenze von 65 Jahren und 5 Monaten) *(fpd 01.09.17)*



#### Frauen wünschen sich mehr Urlaub und Freizeit, Männer mehr Geld

„Mehr Urlaubstage statt Geld“ würden 49 % der deutschen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bei der nächsten Gehaltserhöhung bevorzugen. Dies ergab eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey im Auftrag der „WirtschaftsWoche“. Nach Alter und Geschlecht gab es „unterschiedliche Präferenzen“. Wörtlich: „Arbeitnehmer zwischen 40 und 64 Jahren wünschen sich deutlich mehr Ferien als der Schnitt. Und Männer bevorzugen ein höheres Gehalt weit häufiger als Frauen“. Am häufigsten wünschen sich Beschäftigte in Städten mehr Urlaub (48,2 %), während solche aus ländlichen Gebieten „diesen Wunsch mit 42 % am seltensten“ nennen. *(fpd 01.09.17)*



**Gemeinsam getrennt erziehen? – Ergebnisse einer Befragung von Trennungseltern**

Über die Hälfte der Trennungseltern (51 %) wünscht sich „eine hälftige bzw. annähernd hälftige Aufteilung der Betreuung der Kinder“. Dies ergab eine Befragung von Trennungseltern, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag des Bundesfamilienministeriums vorgenommen hat. Die Befragung ergab ferner: „15 % der Trennungseltern erziehen bereits gemeinsam. Unter diesen Eltern haben die allermeisten eher gute bis sehr gute Erfahrungen mit ihrem Betreuungsmodell gemacht (93 %).“ Der Befragung zufolge wünschen sich vor allem die Väter bessere rechtliche Bedingungen für getrennt erziehende Eltern. Wörtlich: „Der großen Mehrheit geht es dabei um finanzielle Unterstützung (68 %). Viele wünschen sich auch eine stärkere steuerliche Berücksichtigung von Kosten, die Getrennterziehenden entstehen (60 %). Gerade die Väter wünschen sich häufig auch, dass ihr Betreuungsanteil im Unterhaltsrecht Berücksichtigung findet.“

(fpd 01.09.17)

**Sexualstrafrechtsreformkommission für Überarbeitung des „Nein heißt Nein“-§**

Die Sexualstrafrechtsreformkommission beim Bundesjustizminister hat in ihrem Abschlussbericht die „Nein heißt Nein“-Reform grundsätzlich als erforderlich begrüßt, ihre konkrete Ausgestaltung aber für überarbeitungsbedürftig, weil „überfrachtet“, erklärt. Insbesondere hält das Gremium die Subsumierung unterschiedlicher sexueller Übergriffe und Formen der Nötigung unter den Terminus „Vergewaltigung“ für unangemessen, da sich aus dem Wortlaut der Vorschrift sogar eine „Vergewaltigung ohne Körperkontakt“ ergebe und das Strafmaß nicht mehr differenziert der Schwere des Übergriffs angepasst werden könne.

(fpd 01.09.17)

**Prostituiertenschutzgesetz****Es gibt keine gute Prostitution»**

fs/ 25. Aug 2017 - Eine junge Deutsche war jahrelang in den Fängen eines Zuhälters. Jetzt will sie die Gesellschaft aufrütteln.

Der wesentlich ältere Mann hatte die damalige Gymnasiastin emotional abhängig gemacht und von ihrem Beziehungsnetz isoliert. Weil er es verlangte, prostituierte sie sich. Später brach sie das Gymnasium ab. Sie habe nicht wahrhaben wollen, in welche Spirale von Gewalt und Ausbeutung sie hinein gerutscht sei, schreibt sie unter dem Pseudonym Sandra Norak auf dem Blog «My Life in Prostitution».

In Deutschland ist Prostitution eine legale Erwerbsarbeit. Norak schreibt, sie habe wie andere Frauen nach außen hin gesagt, dass Prostitution ein Job wie jeder andere sei, den sie freiwillig mache. Doch kaum eine Frau komme unversehrt aus der Prostitution: «Die Prostitution hat etwas in mir zerbrochen. Es war Seelenmord.» In kleinen Schritten gelang Norak der Ausstieg. Sie hatte dabei mit posttraumatischen Störungen zu kämpfen: «Sich von fremden Menschen tagtäglich penetrieren zu lassen, erfordert einen Schutzmechanismus des Gehirns, um dabei das Empfinden abschalten zu können. Diesen Mechanismus wurde ich lange Zeit nicht los. Ich hatte verlernt, im Augenblick zu bleiben.»

Heute studiert Norak Jura. Nach Abschluss des Studiums will sie Frauen in der Prostitution helfen, die keine Stimme haben. Die meisten Prostituierten machten diesen Job aus einer Notlage heraus. «6 Jahre habe ich am eigenen Leib erlebt und von anderen Frauen in zahllosen erschütternden und verstörenden Gesprächen erfahren, was diese Art von Dienstleistung in einem Menschen auslöst. Was durch sie im Menschen zerstört wird. Nicht nur die Würde, sondern das Menschsein wird einem entzogen.» Prostitution als Erwerbsarbeit zu legalisieren sei eine «schlimme Verharmlosung» sagte Norak «Spiegel Online». Deutschland müsse aufhören, blind zu sein: «Es gibt keine gute Prostitution, auch wenn viele Frauen sich ihre Probleme nicht anmerken lassen.» Der Staat müsse Freier bestrafen und Prostituierten beim Ausstieg helfen.

Das fordert auch die US-Amerikanerin Rebecca Bender. Sie hat letztes Jahr ihr Schweigen gebrochen und ihre Geschichte öffentlich gemacht. Sie wurde von einem Mann, der ihr Liebe und Sicherheit vorgaukelte, in die Prostitution gezwungen. Als Zwangsprostituierte wurde sie mehrmals verkauft, war im Spital und auch im Gefängnis. Doch niemand erkannte ihre Zwangslage. Die Flucht gelang ihr erst, als ihr letzter Zuhälter wegen Steuervergehen ins



Gefängnis musste. Bender kritisierte die «Mythen über Prostitution». Was grundsätzlich schädlich sei, werde als frei gewählter Lebensstil verherrlicht und damit normalisiert. Die Frage, ob es eine freiwillige Prostitution gibt und ob diese von Zwangsprostitution unterschieden werden kann, ist umstritten. Je nach Standpunkt wird der Staat aufgefordert, die freiwillige Prostitution zu legalisieren, oder das Milliardengeschäft konsequent zu unterbinden und Prostituierte beim Ausstieg zu unterstützen.



#### Das Prostituiertenschutzgesetz trifft bei den Ländern auf beträchtliche Kritik

Die Umsetzung des seit 01.07.17 geltenden Prostituiertenschutzgesetzes trifft bei den Bundesländern auf teilweise erhebliche Kritik. Die rheinland-pfälzische Frauenministerin Anne Spiegel (B'90/Die Grünen) nannte das Gesetz ein „bürokratisches Monster“, das viel Arbeit mache und viel Geld koste. Die Umsetzung des Gesetzes gestalte sich „in allen Ländern problematisch“. Der baden-württembergische Sozialminister Manne Lucha (B'90/Die Grünen) sprach von einem „schlecht gemachten, hektisch zusammengestrickten und sehr bürokratischen Bundesgesetz“, das aber trotz der „zu knappen Umsetzungsfrist des Bundes an die Länder“ „pünktlich“ zum 1. Juli umgesetzt werde. In Hessen erklärte sich der Städtetag für überfordert, ein ordnungsgemäßes Verwaltungshandeln sei nicht gewährleistet. Die bayrische Sozial- und Frauenministerin Emilia Müller (CSU) betonte allerdings, Bayern habe „zeitgerecht die notwendigen Zuständigkeiten geregelt“, der Gesetzesvollzug starte „planmäßig“.

(fpd 01.09.17)



#### Das neue Prostituiertenschutzgesetz bringt Prostituierten weniger Schutz

Das seit dem 1. Juli geltende Prostituiertenschutzgesetz hilft nach Ansicht von Diakonie Deutschland „in weiten Teilen den Menschen in der Prostitution nicht“. „Ganz im Gegenteil: Durch die Einführung einer Anmeldepflicht drängt es Prostituierte eher dazu, im ‚Verborgenen‘ zu arbeiten“, heißt es in einer Stellungnahme des Ev. Bundesverbandes. Diakonie-Sozial-Vorstand Maria Loheide wörtlich: „Als Kernelement eine Anmeldepflicht in der Prostitution einzuführen, ist allerdings der völlig falsche Weg. Dadurch werden Menschen, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen nicht anmelden können oder wollen, von den Hilfs- und Unterstützungsangeboten ausgeschlossen. Das kann nicht im Sinne des Gesetzes sein.“

(fpd 01.09.17)



#### Unter der Form des Rechts werden Sexarbeiter/innen de facto rechtlos

Das Inkrafttreten des neuen Prostituiertenschutzgesetzes markiert nach Ansicht der Prostituierten-Interessenvertretung Dona Carmen e. V. „eine scharfe Zäsur im rechtlichen Umgang mit Sexarbeiter/innen“, für diese hätten am 1. Juli „polizeistaatliche Verhältnisse“ begonnen. „Unter der Form des Rechts werden Sexarbeiter/innen de facto rechtlos gestellt“, heißt es in der Stellungnahme des Vereins. Er spricht von einer die Nazi-Erlasse übertreffenden „Perfektionierung des Überwachungswahns“, mit der sich die gesellschaftliche Ächtung von Sexarbeit weiter ausbreiten werde. – Dona Carmen hat sich bei „mehr als 170 Spender/innen“ bedankt, die dazu beigetragen haben, die Kosten für die Verfassungsbeschwerde gegen das „sogenannte ‚Prostituiertenschutzgesetz‘“ aufzubringen.

(fpd 01.09.17)



#### Sexualstrafrechtsreformkommission gegen Prostitutionsverbot á la Schweden

Die vom Bundesjustizminister eingesetzte Sexualstrafrechts-Fachkommission zur Ermittlung des Reformbedarfs in der nächsten Legislaturperiode hat sich in ihrem 1.400 Seiten starken Abschlussbericht u. a. gegen ein allgemeines Prostitutionsverbot und die Strafbarkeit von

Freiern nach schwedischem Vorbild ausgesprochen. Solange Prostituierte sich freiwillig für Sexarbeit entschieden, sei dies gesellschaftlich hinzunehmen und kein hinreichender Anlass zu strafrechtlicher Verfolgung, so die Kommission. Anders seien die Verhältnisse bei Zwangsprostitution zu bewerten. Hier sollten nach Ansicht der Sexualstrafrechtler auch die Freier bestraft werden, insoweit sie billigend in Kauf nähmen, dass Frauen gegen ihren Willen zu sexuellen Dienstleistungen genötigt werden. *(fpd 01.09.17)*



### Die Migrationspolitik in Europa ignoriert Fluchtursachen

Die Migrationspolitik in Europa zielt nach Einschätzung der Gründerin der Frauenhilfsorganisation medica mondiale, Monika Hauser, „in erster Linie darauf ab, Geflüchtete fernzuhalten, anstatt Fluchtursachen wie sexualisierte Gewalt zu bekämpfen“. Angesichts dieser Herausforderungen gelte es, „widerständig zu bleiben und solidarisch denen zur Seite zu stehen, auf deren Rücken Konflikte ausgetragen werden“, schreibt die Ärztin im Vorwort des Jahresberichts von medica mondiale für 2016. *(fpd 01.09.17)*



### 500.000 Mädchen und Frauen haben in Deutschland Schutz gesucht, Dreiviertel mit Kindern

Die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt gelingt nach der Bewertung des Bundesfrauenministeriums „bei geflüchteten Frauen mit Familienverantwortung besser, wenn sie bei der Jobsuche unterstützt werden“, so z. B. im Rahmen des Programms „Stark im Beruf“, das an 35 Orten besondere Angebote speziell für geflüchtete Mütter bietet. In den letzten 4 Jahren, so das Ministerium, hätten ca. 500.000 Mädchen und Frauen in Deutschland Schutz gesucht, drei Viertel der Frauen mit Kindern. Diese müssten „den Familienalltag managen und gleichzeitig den Einstieg in die deutsche Gesellschaft meistern“. Eine „deutliche Mehrheit von Ihnen“ möchte hier auch erwerbstätig sein. *(fpd 01.09.17)*



### Online-Wissens- und Vernetzungsplattform für schwangere geflüchtete Frauen

Eine „Wissens- und Vernetzungsplattform“ hat pro familia im Rahmen des „Fachdialognetzes für schwangere geflüchtete Frauen“ online gestellt. Unter der Webadresse [www.fachdialognetz.de](http://www.fachdialognetz.de) werden über eine Datenbank Informationen zu Hilfsangeboten für Fachkräfte und Ehrenamtler\*innen zur Verfügung gestellt, die schwangere geflüchtete Frauen unterstützen, beraten und begleiten. Die Wissensplattform wird vom Bundesfrauenministerium im Rahmen eines Modellprojekts auf 3 Jahre gefördert. *(fpd 01.09.17)*



### Kontroverse um Kopftuch-Verbot für Mädchen

fs/ 05. Sep 2017 - Gegnerinnen von Kopftüchern für Mädchen weisen den Vorwurf des Rassismus zurück. Man dürfe Frauenrechte nicht relativieren.

«Terre des Femmes» fordert ein gesetzliches Kopftuch-Verbot für Kinder im öffentlichen Raum, vor allem in Betreuungs- und Ausbildungsinstitutionen. Kritikerinnen aus den eigenen Reihen warfen der Frauenrechtsorganisation Rassismus vor.

In einem offenen Brief hat «Terre des Femmes» nun erwidert, Frauenrechte dürfe man nicht relativieren. Der Vorwurf, ein Kopftuch-Verbot für Kinder schüre Rassismus, sei eine «nicht belegte und nicht kausal belegbare Behauptung». Damit förderten die Kritikerinnen eine islamistische Agenda und nicht die Universalität der Menschenrechte. Der politische Islam Sorge dafür, «dass bereits immer jüngere Mädchen heute schon 'bedeckt' sind – und dass diese selbst sowie noch unverschleierte muslimische Mädchen immer weniger die Möglichkeit haben, sich dem Druck aus der 'Community' zu entziehen».

Die Kritikerinnen eines Kopftuch-Verbotes für Kinder versuchten mit dem Rassismus-Vorwurf insbesondere muslimisch sozialisierte Mitfrauen von «Terre des Femmes» mundtot zu machen. «Weil diese es sich nicht nehmen lassen, sich engagiert für universale Frauenrechte einzusetzen und mit belegbaren Argumenten gegen islamistische Einflüsse auf Staat, Politik und Gesellschaft aufzuklären.» Der pauschale Rassismus-Vorwurf sei eine «verbrämte Form, den eigenen paternalistisch motivierten Rassismus» zu kaschieren.

«Terre des Femmes» setze sich gegen jegliche Relativierung der Menschenrechte «aller Mädchen und Frauen» ein, heisst es weiter im offenen Brief. Die Frauenrechtsorganisation habe stets «den Finger in die Wunde gelegt» und werde dies auch weiter tun: «Überall dort, wo die fundamentalen Rechte von Mädchen und Frauen verletzt werden, Einspruch einlegen, Emanzipation fördern und für das Recht aller Mädchen und Frauen auf Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Freiheit kämpfen.»



**Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung NRW teilt mit:****16.08.2017 | Kommunales: Das kommunale Ehrenamt in Nordrhein-Westfalen**

Der typische kommunale Mandatsträger ist männlich, über 55 Jahre und hoch gebildet. Der Frauenanteil ist mit 26,7 % in den Städten und 29,4 % in den Kreisen - gemessen an dem Bevölkerungsdurchschnitt - immer noch gering. Zu diesem Schluss kommt eine wissenschaftliche Untersuchung im Auftrag der Landesregierung. In einer der größten Befragungen von Rats- und Kreistagsmitgliedern in der Bundesrepublik Deutschland wurden im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen 2.283 kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aus 44 Städten und Gemeinden und sechs Landkreisen zum kommunalen Ehrenamt und zu Handlungsnotwendigkeiten im kommunalen Ehrenamt befragt. Rund 61 % von ihnen nutzten die Möglichkeit zur Rückantwort.

„20.000 Frauen und Männer engagieren sich ehrenamtlich für ihre Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen: Sich in der Kommunalpolitik zu engagieren, ist gelebter Ausdruck einer aktiven Bürgergesellschaft, die vor Ort ihre Heimat für die Zukunft mitgestaltet. Dabei lebt jeder Gemeinde- und Stadtrat sowie jeder Kreistag davon, dass sich beide Geschlechter genauso wiederfinden wie die verschiedenen Alters- und Berufsgruppen. Die Mischung macht's“, wirbt Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen, für eine deutlich höhere Beteiligung von Frauen an haupt- und ehrenamtlichen kommunalen Mandaten in Nordrhein-Westfalen.

[Zum Bericht](#)

**Keine volle Kita-Beitragsfreiheit in NRW, nur „langfristig“**

Für die neue schwarz-gelbe Landesregierung genießt die Kita-Gebührenbefreiung keine politische Priorität. Der neue Familien- und Integrationsminister Joachim Stamp (FDP) erklärte gegenüber dem „Bonner Generalanzeiger“, NRW brauche „flächendeckende Strukturen, um Kindern so viele Chancen zu ermöglichen, wie es geht“. Auf den Vorhalt „Ein Beitrag zu mehr Chancengleichheit könnten 3 beitragsfreie Kita-Jahre sein“, reagierte er so: „Priorität hat die Verbesserung der Betreuungsqualität. Für die nächsten Jahre bleiben wir dabei, dass zunächst nur das letzte Kita-Jahr beitragsfrei bleibt, aber langfristig streben wir das an.“ (fpd 01.09.17)



### Fortbildung "Der Anti-Bias-Ansatz im Kontext von Flucht und Migration" am 08.-09.November in Essen

Die FUMA Fachstelle Gender NRW veranstaltet im November in Zusammenarbeit mit den Kommunale Integrationszentren Landeskoordinierungsstelle NRW (LAKI) die Fortbildung "Der Anti-Bias-Ansatz im Kontext von Flucht und Migration" in Essen.

Deutschland ist eine Migrationsgesellschaft. Neuzuwanderung und Flucht haben dies in der letzten Zeit verstärkt untermauert. In Anbetracht der Tatsache, dass Deutschland einerseits im vergangenen Jahr ca. 1 Mio. Menschen eine Zuflucht gegeben hat und andererseits dem demografischen Wandel unterliegt, ist der Zuzug auch als Chance für gesellschaftliche Veränderung und Entwicklung zu verstehen.

Gesellschaftliche Entwicklungen und die Auseinandersetzung Deutschlands mit Migration sind somit Themen der Zukunft.

Hierbei haben insbesondere Kinder, Jugendliche und Familien, die aus ihrer Heimat vertrieben worden sind, Hoffnung auf ein Leben in Würde und Frieden in Deutschland. Sie sind auf Solidarität und Unterstützung angewiesen. Für uns als Privilegierte ist in diesem Zusammenhang die vorurteilsreflektierte Auseinandersetzung mit unserem Denken und Handeln im Kontext der Arbeit mit Flucht- und Migrationsmenschen wichtig. Einseitige und damit Schieflagen in den Medienberichte(n) gilt es – wie im Sinne des Anti-Bias-Ansatzes - auf verschiedenen Ebenen zu verorten und Gegenstrategien zu entwickeln mit dem Ziel einer vorurteilsreflektierten pädagogischen Arbeit.

In dieser Fortbildung soll betrachtet werden, inwiefern der Anti-Bias-Ansatz Möglichkeiten für Reflexions- und Handlungsstrategien im Kontext der Flucht- und Migrationsarbeit bietet.

Dazu werden wir Vorurteile und ihre Funktionen hinterfragen und uns ein Verständnis von Diskriminierung erarbeiten damit wir uns diskriminierungskritisch im Kontext der Arbeit positionieren. Ziel ist es unsere Wahrnehmung für Ungerechtigkeiten zu schärfen. Hierzu sollen eigene Vorurteile in den Handlungen und Haltungen gesucht und deren Wirkung reflektiert werden.

- Vermittlung von Grundlagen und Zielsetzungen des Anti-Bias-Ansatzes
- Reflektion eigener Erfahrungen und Auseinandersetzung mit der eigenen sozialen und kulturellen Identität im Kontext von Flucht- und Migrationsthemen
- Erarbeitung von Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit Vorurteilen und Diskriminierung im Arbeitsfeld „Flucht und Migration“.

#### Zielgruppe

Diese Fortbildung richtet sich an Fachkräfte im Bereich der Flucht- und Migrationsarbeit, die sich mit den Themen Vorurteile, Vielfalt und Diskriminierung auseinandersetzen möchten. Die Teilnahme setzt eine aktive Mitarbeit und die Bereitschaft, eigene Erfahrungen zu reflektieren und mit diesen in den Austausch zu gehen, voraus.

Zudem erhalten die Teilnehmenden einen Zugang zu der E-Learning Plattform „gender\_login“. Hier werden weiterführende Inhalte bereitgestellt wie auch die Möglichkeit zur weiteren Vernetzung gegeben.

#### Referent\_innen

Birol Mertol, (FUMA Fachstelle Gender NRW) und Miriam Weilbrenner (Kommunale Integrationszentren Landeskoordinierungsstelle NRW (LAKI))

#### Veranstaltungsort und Termin

Termin: 08.11. und 09.11.2017

Uhrzeit: 10.00-16.00 Uhr

Ort: Haus der Evangelischen Kirche, III. Hagen 39, 45127 Essen

Kosten: 75 Euro (inklusive Getränke)

#### [Anmeldung](#)



**Fachtagung: "Zwischen Willkommenskultur und Ablehnungsbescheid" des IDA-NRW am 12. 10.17 in Köln**

Die von projekt.kollektiv organisierte Fachtagung Zwischen Willkommenskultur und Ablehnungsbescheid bietet interessierten Multiplikator\_innen Räume für Wissensvermittlung, Vernetzung, Austausch und Reflexion der Arbeit für und mit jungen Geflüchteten aus rassismuskritischer Perspektive.

Aktuelle Herausforderungen in der Arbeit für und mit jungen Geflüchteten im Kontext von gesellschaftspolitischen Ab- und Ausgrenzungen

In den vergangenen zwei Jahren hat sich das gesellschaftspolitische Klima in Deutschland gewandelt und schwankt zwischen der Betonung einer Willkommenskultur und zunehmenden Ab- und Ausgrenzungen von Geflüchteten. Einschränkungen des Asylrechts, verschärfte Hierarchisierungen von Geflüchteten mit ‚guter‘ und ‚geringer‘ Bleibeperspektive sowie die Erweiterung der Liste ‚sicherer Herkunftsländer‘ haben dazu geführt, dass der Alltag vieler junger Geflüchteter in NRW von ungleichen Wohn- und Lebensbedingungen, unsicheren Bleibeperspektiven und der Angst vor Ablehnungsbescheiden und Abschiebungen geprägt ist. Für pädagogische Fachkräfte aus den verschiedenen Bereichen der Jugendarbeit sowie für selbstorganisierte Vereine, Initiativen und Einzelpersonen, die für und mit jungen Geflüchteten arbeiten, stellen diese Entwicklungen besondere Herausforderungen dar.

Die Veranstaltung richtet sich insbesondere an:

- Pädagogische Fachkräfte der Offenen Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozial- und der Jugendbildungsarbeit
- Selbstorganisierte (Willkommens-)Initiativen, Vereine und Einzelpersonen
- Junge Geflüchtete, die als (zukünftige) Multiplikator\_innen in eigenen Initiativen oder Organisationen aktiv sind oder sein möchten

Geplant sind Fachvorträge, Inputs und Workshops, u.a. zu den Themen

- Auswirkungen der asylrechtlichen Veränderungen auf die Lebenswelten von jungen Geflüchteten in NRW
- Herausforderungen für haupt- und ehrenamtliche Multiplikator\_innen in der Arbeit mit jungen Geflüchteten aus rassismuskritischer Perspektive
- Empowerment für migrantische Selbstorganisationen und/oder Multiplikator\_innen mit Fluchthintergründen
- Gender- und sexualitätsbezogene Dimensionen in der Arbeit mit jungen Geflüchteten
- Handlungsstrategien im Umgang mit rassistischen oder rechten Anfeindungen und Angriffen gegen junge Geflüchtete und Unterstützer\_innen

Referent\_innen

Volker Maria Hügel (Projekt Q der GGUA Flüchtlingshilfe Münster), Katharina Feyrer (Fachstelle Queere Jugend NRW), Vertreter\_innen von Jugendliche ohne Grenzen, Walburga Hirschbeck (Projekt re:act der Opferberatung Rheinland), Kolja Koch (projekt.kollektiv)

Weitere Referent\_innen sind angefragt. Das vollständige Tagungsprogramm folgt in Kürze.

Datum und Veranstaltungsort

12. Oktober 2017, 11:00-18:00? Uhr

Bürgerzentrum Ehrenfeld

Venloer Straße 429

50825 Köln?

Kosten

Die Teilnahme ist kostenlos. Sie können sich über die Homepage bereits verbindlich anmelden. (Anmeldeschluss: 29.09.2017)

Kontakt

fachtagung-kollektiv@IDA-NRW .de

Tel: 0211/159255-67

Fax:0211/159255-69

Über das projekt.kollektiv

Das Projekt zur Jugendbildungsarbeit für und mit jungen Geflüchteten aus rassismuskritischer Perspektive des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW) hat zum Ziel, die pädagogische und ehrenamtliche Arbeit für und

mit jungen Geflüchteten zu stärken und aus rassismuskritischer Perspektive zu begleiten. Im Rahmen des Projekts entstehen derzeit verschiedene Angebote für pädagogische Fachkräfte aus den o.g. Bereichen der Jugendarbeit, für Multiplikator\_innen aus selbstorganisierten Initiativen und Vereinen sowie für junge Geflüchtete, die selbst als Multiplikator\_innen aktiv sind bzw. werden möchten.